

PRESSEMITTEILUNG #215 – 16. Oktober 2019

Kathrin Wagner-Bockey:

Mit Spannung erwarten wir den Bericht der Landesregierung zum Thema E-Sports

Zur heutigen (16.10.2019) Berichterstattung des SHZ, „Beim E-Sport droht Koalitionskrach“, erklärt die sportpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Kathrin Wagner-Bockey:

„E-Gaming oder auch E-Sports, je nachdem welcher Definition man folgen möchte, ist in jedem Fall ein Teil der Jugendkultur. Wir können uns als SPD auch vorstellen, dies explizit unter bestimmten Voraussetzungen zu fördern. Für uns steht dabei im Vordergrund, dass Vereine, die Jugendarbeit machen, aber genauso auch Jugendhäuser oder freie Träger, die derartige Angebote für Jugendliche machen wollen, ihre medienpädagogische Kompetenz nachweisen. Dazu müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, welche Spiele wir öffentlich fördern wollen. Natürlich kann man dabei zwischen Sportartensimulation, Strategiespielen und Egoshooterspielen unterscheiden. Man muss es sogar, wenn man als Staat keine Wettkämpfe fördern will, die einzig das Ziel haben, möglichst viele Gegner zu erschießen und damit virtuell täuschend echt, Menschen zu töten. An diesem Punkt drückt sich die Jamaika-Koalition, wenn sie alles in einen Topf wirft.

In unseren Augen müssen die Antragsteller zuallererst nachweisen, wie und mit welchen pädagogischen Konzepten welche Spiele begleitet werden sollen, für die Fördermittel beantragt werden.

Die von der FDP geforderte enge Synergie mit der Gaming-Wirtschaft stelle ich als sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in Frage. Wenn der Staat mit Förderprogrammen E-Gaming im ehrenamtlichen Bereich fördern will, dann muss das unabhängig vom Einfluss der milliardenschweren Gaming-Industrie geschehen. Wir können nicht über Richtlinien medienpädagogische Ansprüche formulieren, die dann von der Gaming-Industrie konterkariert werden. Ganz sicher würde es der Gesamtdebatte gut tun, Ehrenamtsförderung und Wirtschaftsförderung an dem Punkt konsequent zu trennen und noch mal einen Schritt zurück zu gehen. Dazu würde gehören, den Gedanken zuzulassen, E-Gaming-Förderung aus dem Bereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren stattfinden zu lassen.“